

# PLENUM AKTUELL

26. – 28. Jan. 2010

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Ausstieg aus dem Atomausstieg

**CDU/FDP:**

**Bundesregierung als Handlanger der Atomindustrie:**

In Sachen Energiepolitik denken CDU und FDP schon seit Jahrzehnten kurz- und mittelfristig.

Im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben sie nun vereinbart, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke zu verlängern und damit den Ausstieg aus dem Atomausstieg eingeläutet.

In diese Diskussion hinein erklärt die Hessische Umweltministerin Silke Lautenschläger, sie könne sich vorstellen, Biblis A noch mindestens 10 Jahre am Netz zu halten.

Darüber hinaus wollen CDU und FDP auf Bundesebene das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) kurzfristig verändern und die Förderung regenerativer Energien massiv beschneiden. Ihr Weg heißt: Weg von einem nachhaltigen sinnvollen Energiemix, hin zur kurzfristigen Befriedigung einiger Interessengruppen wie der Kraftwerksbetreiber. Ihr Weg heißt: Ein unverantwortlicher Umgang mit dem Klimawandel und der Zukunft nachfolgender Generationen.

**SPD:**

In der Aktuellen Stunde am Donnerstag haben wir den unverantwortlichen Atomkurs der Bundes- und Landesregierung kritisiert. Wir drängen auf Einhaltung des in 2000 beschlossenen stufenweisen Ausstiegs aus der Atomenergie!

Der stufenweise Ausstieg war Grundlage für einen enormen technischen Entwicklungsschub bei den erneuerbaren Energien und für das Entstehen von tausenden neuen Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung zu stoppen und weiter auf eine nicht beherrschbare Hochrisikotechnologie bei nicht geklärter Endlagerung (Beispiel: marodes Lager Asse) zu setzen, ist skandalös und verantwortungslos!

Die SPD fordert, das älteste deutsche Kernkraftwerk, Biblis A + B, aufgrund fehlender Sicherheitsstandards wie vorgesehen schnellstens abzuschalten. Die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen und umweltfreundliche Energien müssen endlich Vorrang haben!

Zur unverantwortlichen Fortsetzung der Atompolitik passen die von CDU und FDP auf Bundesebene vorgesehenen massiven Einschnitte bei der Solarförderung. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig gewählt, sondern zeigt gemeinsam mit der Atomdiskussion die ideologische Energiepolitik der CDU/FDP Regierung.

Die SPD fordert, das EEG in der Substanz zu erhalten, den Technologievorsprung zu sichern und Arbeitsplätze für die Zukunft weiter auszubauen. Denn mit dem EEG konnten wir einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten und zehntausende innovative Arbeitsplätze neu schaffen. Diesen erfolgreichen Weg will die SPD fortsetzen.

## Diffamierung Arbeitsloser durch MP Koch

**CDU/FDP:**

Ministerpräsident Roland Koch versucht wieder einmal durch pauschale Kritik Arbeitssuchende zu diffamieren.

Selbst führende CDU Minister auf Bundesebene sowie Kanzlerin Angela Merkel haben erklärt, „... dass die rechtlichen Rahmenbe-

**SPD:**

Die SPD verurteilt die pauschale Kritik an Arbeitslosen in der Hartz IV-Debatte. Was Koch völlig ignoriert ist, dass es nicht genug Jobs für Arbeitssuchende gibt. Die Äußerungen sind angesichts der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt eine Verhöhnung von Arbeitslosen. Eine Frechheit ist Kochs Unterstellung, dass Hartz IV-Empfänger diese Lebenssituation als „angenehme

<p>dingungen, was den Zwang, oder die Aufgabe oder die Notwendigkeit der Arbeitsaufnahme anbelangt, ausreichend sind.“ Damit stellt sich die Bundes-CDU gegen die Aussagen Kochs!</p>	<p>Variante“ ansehen. Koch geht es nicht um die Sache, sondern um Spaltung der Gesellschaft und Profilbildung für den rechten Rand. Mit „Abschreckung“ und „Arbeitspflicht“ sind weder zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, noch können damit die Qualifikation von Arbeitssuchenden oder ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.</p>
---	--

### Personalkostenübernahme in den Kindergärten

Der hessische „Familien-Minister“ hat im Zusammenhang mit der Anhebung der Personalmindestausstattung in Kindertagesstätten zugesagt, dass das Land die Mehrkosten übernimmt. Staatsminister Banzer hat gegenüber den Kommunen als auch gegenüber dem zuständigen Ausschuss mehrfach wiederholt, das Konnexitätsprinzip gelte und die Landesregierung werde für die von ihr beschlossene Anhebung der Personalmindestausstattung in Kindertagesstätten zahlen. Dies sollte ausdrücklich auch für diejenigen Kommunen gelten, die bereits vor Inkrafttreten der neuen Mindestverordnung zum 1. September 2009 auf freiwilliger Basis mehr Personal eingesetzt hatten.

Doch die Praxis sieht anders aus: Die Kommunen warten bis heute vergeblich auf die Übernahme der zusätzlichen Personalkosten durch das Land. Als abenteuerlich wertet die SPD die neuste von der CDU angestoßene Diskussion: Die personellen Verbesserungen in den Kindergärten sollten ganz oder teilweise von den Kommunen bezahlt werden, und im Gegenzug könne die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung beim Kommunalen Finanzausgleich moderater ausfallen. Das stellt nach dem Rückzug aus der Schulsozialarbeit einen weiteren Wortbruch des Ministers dar und bedeutet regelrecht eine Erpressung der Kommunen.

Die SPD-Fraktion hält es für unzulässig, der kommunalen Ebene immer mehr Standards aufzuerlegen, ohne auch die dafür entstehenden Mehrkosten zu erstatten. Eine Verquickung des Konnexitätsprinzips mit der angedrohten und ungerechtfertigten Kürzung beim Kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro ist an Unverschämtheit nicht zu überbieten. Die SPD hat einen entsprechenden Antrag im Hessischen Landtag eingebracht und gefordert, den Kommunen die zusätzlichen Personalkosten wie zugesagt zu erstatten.

### Untersuchungsausschuss Steuerfahnder

Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Steuerfahnderaffäre wurde von uns eingesetzt! Hintergründe haben wir bereits im „Dezember-Plenum Aktuell“ beschrieben. Weiteres folgt!

### Änderung Feiertags- und Ladenöffnungsgesetz

<p><b>CDU/FDP:</b> Die Regierungsparteien verstehen sich wieder einmal als reine Klientelparteien: In 3. Lesung haben CDU und FDP die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen für Videotheken und Autowaschanlagen verlängert. Damit ist die Möglichkeit gegeben, sonntags ab 13.00 Uhr Filme auszuleihen und Autowaschanlagen zu betreiben.</p>	<p><b>SPD:</b> Wir haben keine Notwendigkeit zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes gesehen. Gerade bei den Videotheken sind die bisherigen Ausleihmöglichkeiten völlig ausreichend. Das hat auch eine Anhörung im Hessischen Landtag bestätigt: Die Sonn- und Feiertage dürfen nicht weiter ausgehöhlt werden! Neben den Arbeitnehmervertretungen haben sich auch die Kirchenvertreter gegen weitere Öffnungszeiten an Sonntagen ausgesprochen. Einzelinteressen aus dem Videothekenbereich dürfen nicht Vorrang vor der Sonntagsruhe, vor der Freizeit der Mitarbeiter/innen und vor gesellschaftlichen und sozialpolitischen Werten haben.</p>
---	---